

Bericht aus Brüssel

SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1801

13. Juli 2023

Plenum des Ausschusses der Regionen: Abgeordnete diskutieren über die Auswirkungen neuer Initiativen der Europäischen Kommission auf die regionale Ebene

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) hält jedes Jahr sechs Plenartagungen ab. Diese bieten den AdR-Mitgliedern die Möglichkeit, sich zu EU-Rechtsvorschriften zu äußern, die Auswirkungen auf die Regionen und Städte in den 27 EU-Ländern haben.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat die Abgeordnete Eka von Kalben als Mitglied und Minister Werner Schwarz als stellvertretendes Mitglied in den AdR benannt.

Im Folgenden eine kurze Übersicht der Schwerpunkte der letzten Plenartagung, die am 5. bis 6. Juli 2023 in Brüssel stattfand:

Bekämpfung von Desinformation, Manipulation und Einmischung auf regionaler Ebene

Ein Jahr vor den nächsten Europawahlen warnt der AdR vor der Gefahr, die von Desinformation für die demokratischen Gesellschaften ausgeht. Die Abgeordneten tauschten sich mit der für Werte und Transparenz zuständigen Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourova, und mit Raphaël Glucksmann, dem Vorsitzenden des Sonderausschusses des Europäischen Parlaments zur ausländischen Einmischung in demokratische Prozesse aus. Unmittelbar nach der Debatte verabschiedete die Versammlung die [Stellungnahme von Gustaw Marek Brzezina, Präsident der Region Warmińsko-Mazurskie, zur Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Bekämpfung von Desinformation und Manipulation und Einmischung.](#)

In der Diskussion wurden die Instrumente, die den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Bekämpfung von Desinformation zur Verfügung stehen vorgestellt. Ein AdR-Handbuch gibt Hintergründe und Praxistips. [\(Das Handbuch kann hier nachgelesen werden\).](#)

Umsetzung des Grünen Deals auf regionaler Ebene

Derzeit gibt es eine Vielzahl von EU-Initiativen, die den Städten und Regionen die Möglichkeit bieten, den grünen Wandel zu beschleunigen und die Umsetzung des Europäischen Green Deal zu erleichtern. Der AdR schlägt in einer Stellungnahme vor, ihre Wirkung vor Ort zu verstärken, indem die Synergien und die Koordinierung zwischen den Initiativen verbessert, sie in den nationalen Rahmen eingebettet und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften gezielter unterstützt werden.

Der Berichterstatter Andries Gryffroy, Mitglied des flämischen Parlaments, weist auf die Notwendigkeit eines einfacheren Rahmens hin, da die Vielzahl neuer Initiativen und Verpflichtungen, die oft zu Doppelarbeit führen, es vielen Regionen und Städten erschweren, die bestehenden Möglichkeiten zu nutzen.

[\(Eine detaillierte Zusammenfassung der Stellungnahme findet sich hier\)](#)

Paket zu kritischen Rohstoffen und Net Zero Industry Act

Das Ziel der Europäischen Union, die Abhängigkeit von Importen kritischer Rohstoffe zu verringern und die Herstellung von Technologien für eine Netto-Null-Industrie zu steigern, hat enorme Auswirkungen auf Regionen und Städte. Die spezifischen Herausforderungen vor Ort müssen berücksichtigt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität Europas zu stärken, wachsende Ungleichheiten zwischen Regionen zu vermeiden und den Übergang sozial verträglich zu gestalten.

In einer einstimmig verabschiedeten Stellungnahme zu kritischen Rohstoffen begrüßen die AdR-Mitglieder den Vorschlag der Europäischen Kommission, betonen jedoch die Notwendigkeit, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in alle Prozesse einzubeziehen und einen Platz für einen AdR-Vertreter als Stimme der europäischen Bergbaugebiete im Ausschuss für kritische Rohstoffe, einem im Vorschlag der Europäischen Kommission vorgesehenen Koordinierungsgremium, zu sichern. Darüber hinaus unterstreichen die Mitglieder die Bedeutung einer dezentralen strategischen Bevorratung und betonten, dass die EU-Recyclingindustrie ein großes Potenzial besitzt, um die Abhängigkeit der EU von Rohstoffen aus Drittländern zu verringern. Die AdR-Mitglieder befürworteten daher die Festlegung des Ziels für die Recyclingkapazität in Höhe von mindestens 20 % des jährlichen Verbrauchs der einzelnen strategischen Rohstoffe.

[\(Eine detaillierte Zusammenfassung der beiden Stellungnahmen findet sich hier\)](#)

Reform der Gestaltung des EU-Strommarkts

Zur Verwirklichung ihrer Klimaziele muss die EU ihr Stromsystem bis 2035 nahezu vollständig auf erneuerbare Energieträger umstellen. Daher fordern die Regionen und Städte die beiden gesetzgebenden EU-Organe auf, bei der Neugestaltung des EU-Strommarkts Ehrgeiz an den Tag

zu legen. Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) weist darauf hin, dass die Energiewende flexible, dezentralisierte Lösungen erfordert, die von den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften unterstützt werden müssen.

[\(Eine detaillierte Zusammenfassung der Stellungnahme findet sich hier\)](#)

Wiederaufbau der Ukraine muss über die Regionen laufen

Der AdR begrüßt die Unterstützung für die Ukraine mit einer Gesamtkapazität von 50 Mrd. Euro zur Unterstützung des Wiederaufbaus des Landes nach dem Krieg. Die Regionen und Städte begrüßten ausdrücklich, dass die Bedeutung der Dezentralisierung und der lokalen Entwicklung für den Wiederaufbau in der Ukraine umfassend anerkannt wurde. In dem Vorschlag wird die Notwendigkeit einer engen Konsultation und Beteiligung der lokalen Behörden und ihrer Verbände am Wiederaufbau hervorgehoben. Die Kapazitäten sollen im Einklang mit der Tätigkeit der Europäischen Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine ausgebaut werden.

[Mehr zur Allianz der Regionen zum Wiederaufbau der Ukraine](#)

Die nächste Plenartagung findet vom 10. bis 11. Oktober 2023 in Brüssel statt.